

26. Parteitag der CDU Deutschlands

5. April 2014 · Messe Berlin

Sonstige Beschlüsse



CDU

Gemeinsam erfolgreich in Europa.

Sonstige Beschlüsse

des 26. Parteitages der CDU Deutschlands

Beschluss C 7

Die CDU bekennt sich zu einem Dreisäulenmodell, bestehend aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung bleibt dabei die tragende Säule. Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Unser Ziel ist dabei, dass die betriebliche Vorsorge auch für kleine und mittlere Unternehmen und deren Mitarbeiter attraktiv ist.

Damit sich private Vorsorge zum Beispiel in Form der staatlich geförderten Riesterrente oder die betriebliche Altersvorsorge für Menschen mit einem kleinen Einkommen lohnt, soll diese durch Freibeträge bei der Grundsicherung im Alter anerkannt werden. Die CDU fordert: Wer für sein Alter vorgesorgt hat, muss aufgrund dieser Vorsorge besser dastehen, als jemand, der nicht entsprechend vorgesorgt hat. Damit können auch Geringverdiener eine auskömmliche Rente aus eigener Kraft beziehen.

Die CDU bekennt sich zur staatlichen Förderung des Erwerbs von Grundeigentum als eine Form der privaten Altersvorsorge beispielsweise über Prämien bei Bausparverträgen.

Die CDU fordert eine Vorsorgepflicht für Selbständige. Eine verpflichtende Einzahlung in die gesetzliche Rentenkasse lehnen wir dabei jedoch ab.

Deutschland hat mit der Rente mit 67 einen wichtigen Schritt für ein stabiles und generationengerechtes Rentensystem gemacht. Im Jahr 2012 hat der schrittweise Anstieg der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre begonnen. Danach beträgt das Renteneintrittsalter derzeit 65 Jahre und drei Monate. Dieser Prozess wird erst 2029/2030 abgeschlossen sein und muss von der Politik, den Unternehmen und der Gesellschaft positiv begleitet werden. Die CDU fordert Umschulungs- oder Qualifizierungsmaßnahmen für schwer körperlich arbeitende Menschen, damit sie bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können. In diesem Zusammenhang sollen auch Lebensarbeitszeitkonten gefördert und beworben werden.

Immer mehr Ältere wollen auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben. Das wollen wir unterstützen, nicht zuletzt, weil unsere Wirtschaft auf erfahrene Fachkräfte angewiesen ist. Die CDU fordert Verbesserungen für ältere Menschen beim flexiblen Übergang in den Ruhestand. Hierfür wollen wir die Hinzuverdienstregelungen bei vorgezogenen Altersrenten weiterentwickeln.

Beschluss C 8

Unsere Staatsbürgerschaft ist ein starkes Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechselseitigen Verantwortung seiner Bürger. Wir werben dafür, dass Ausländer, die schon über Jahre in Deutschland leben, arbeiten und gut integriert sind, die Möglichkeit nutzen, unsere Staatsbürgerschaft anzunehmen, wenn diese Entscheidung Ausdruck eines Verbundenheits- und Zugehörigkeitsgefühls gegenüber dem deutschen Staat ist.

Die CDU lehnt auch weiterhin eine generelle doppelte Staatsbürgerschaft für alle Zuwanderer ab. Für die Gruppe der in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder ausländischer Eltern mit unbefristetem Aufenthaltsrecht, die mit ihrer Geburt neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit erlangt haben, soll künftig eine Ausnahme gelten. Sie sollen nicht mehr der Optionspflicht unterliegen, müssen also nicht mehr bis zu ihrem 23. Lebensjahr entscheiden, welche der beiden Staatsangehörigkeiten sie behalten wollen. Nur in diesen Fällen wird Mehrstaatigkeit akzeptiert. Im Übrigen bleibt es beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht.

Beschluss C 9

Die CDU lehnt ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ab. Beschränkungen müssen gezielt verkehrlichen Gegebenheiten oder zeitlichen Erfordernissen gerecht werden.

Beschluss C 10

Die CDU Deutschlands spricht sich gegen die Aufhebung der Rezeptpflicht für die 'Pille danach' aus. Angesichts der umfangreichen ärztlichen – auch notärztlichen – Versorgung in unserem Land kann die Verschreibungspflicht in guter Weise sowohl den zügigen und diskriminierungsfreien Zugang zu diesen Präparaten als auch eine gute und umfassende Beratung gewährleisten.

Beschluss C 12

Wir setzen uns dafür ein, dass der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) seiner Aufgabe auch künftig uneingeschränkt nachkommen kann. Die umfassende Aufdeckung des Geschehenen schulden wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen, sondern auch den nachfolgenden Generationen. Eine vorfristige Schließung vor 2019 sowie die Übertragung der Unterlagen und der Aufgaben an andere Behörden und Einrichtungen lehnen wir ab. Stattdessen soll eine Expertenkommission, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, bis Mitte der Wahlperiode Vorschläge erarbeiten, wann und wie die Arbeit des Bundesbeauftragten (BStU) in anderer Form fortgeführt wird.

Beschluss C 13

Die Religionsfreiheit und das damit verbundene hohe Gut, seinen Glauben frei leben zu können, ist ein unantastbares und universelles Menschenrecht. Religionsfreiheit gilt für alle Gläubigen unabhängig von der Konfession. Dennoch werden Christen vor allem in islamisch geprägten Ländern diskriminiert und unterdrückt. Dieses Menschenrecht der Christen sowie aller anderen Gläubigen sollte insbesondere von unseren Partnern weltweit eingefordert werden.

So bestehen beispielsweise in der Türkei für nichtmuslimische Minderheiten noch immer Einschränkungen hinsichtlich ihrer kollektiven Religionsfreiheit, zum Beispiel bei Fragen der Rechtspersönlichkeit, der Eigentumsrechte sowie der Ausbildung und Bezahlung von Geistlichen und der Errichtung von Gebetsstätten. Das Kloster Mor Gabriel im Südosten

des Landes ist eines der wichtigsten Symbole für die jahrhundertelange Existenz christlicher Minderheiten in der Türkei. Trotz erster ermutigender Signale durch die Rückgabe einiger Grundstücke sind immer noch mehrere Prozesse gegen das Kloster anhängig, die seine Zukunft unsicher machen. Die Bundesrepublik Deutschland muss auch in Zukunft eindeutig gegenüber der Türkei Stellung beziehen und darf ein repressives Verhalten gegenüber Christen und den Mitgliedern der anderen religiösen Minderheiten nicht hinnehmen.

Die CDU hält die Auswüchse der Gewalt gegenüber Christen in den islamisch geprägten Staaten, in denen es zum Herrschaftswechsel gekommen ist, für inakzeptabel. Wir fordern deshalb die deutsche Bundesregierung in dieser Legislaturperiode dazu auf, verstärkt auf die betroffenen Regierungen einzuwirken, damit ein wirksamer Schutz für die in diesen Ländern lebenden Christen gewährleistet und das Menschenrecht auf Religionsfreiheit für alle religiösen Minderheiten durchgesetzt wird.

Die Tolerierung von religiös motivierter Gewalt gegenüber Christen und den Mitgliedern anderer religiöser Minderheiten muss von allen EU Staaten in enger Abstimmung sanktioniert werden.

Beschluss C 14

Die CDU bekennt sich im Sinne des Grundgesetzes und aus tiefer Überzeugung zu Sonn- und Feiertagen als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung. Verkaufsoffene Sonntage müssen daher Ausnahmen bleiben. Wir begrüßen es, dass die meisten Länder – bei sonst weitgehender Freigabe der Öffnungszeiten an den anderen Tagen – die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage auf maximal vier im Jahr beschränkt haben. Wir ermuntern andere Länder, im Rahmen der dafür vorhandenen Spielräume, diesem Beispiel zu folgen. Für Veranstaltungen, die durch Vereine, Dorfgemeinschaften oder Bürgerschaften organisiert werden, sollen weiterhin weitreichendere Abweichungen möglich sein. Gleiches gilt für Erholungsorte und Kulturerbestätten sowie für anerkannte Ausflugsorte.

Beschluss C 16, Spiegelstrich 1, 3 und 4

Deutschland hat in den letzten Jahren die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise vergleichsweise gut gemeistert. Es ist zur Wachstumslokomotive und zum Stabilitätsanker Europas mit gleichzeitig zweitniedrigster Arbeitslosenquote der EU geworden. Wesentlich dazu beigetragen hat neben den von der CDU geführten Bundesregierung gesetzten Rahmenbedingungen die leistungsfähige Wirtschaftsstruktur aus Industrie, Mittelstand, Handwerk, Freiberuflern und vielen anderen engagierten Menschen in unserem Land. Diese Erfolge wollen wir durch weitere Leistungsbereitschaft und Investitionsfreude fortsetzen. Steuererhöhungen würden diese gefährden. Wir lehnen Steuererhöhungen daher ab. Gleichzeitig wissen wir um Ausbildungsstärke und Qualitätsbewusstsein gerade im Mittelstand. Wir wollen daher den Meisterbrief als Qualitätssiegel im Handwerk erhalten und bekennen uns zu ihm.

Darüber hinaus setzen wir uns für Regulierung mit Augenmaß ein. Wir lehnen deshalb eine generelle geschlechtsorientierte Beschäftigungsquote in Unternehmen – ob unmittelbar per Gesetz oder mittelbar durch Maßnahmen gleicher Wirkung (bspw. Vergabebedingungen) – ab. Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen könnten solche Regelungen zu großen Schwierigkeiten führen.

Beschluss C 17

Ehe und Familie mit Kindern sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir bekennen uns zum Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie. Wir respektieren aber auch die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir sind wichtige Schritte auf dem Weg zur Gleichstellung gegangen. Weitere Schritte mit Blick auf die völlige Gleichstellung des Adoptionsrechts lehnen wir jedoch ab.

Beschluss C 20

Die Energiewende bietet große Chancen für die strukturschwachen ländlichen Räume.

Die CDU Deutschlands setzt sich dafür ein, dass ländliche Räume diese Chancen nutzen können. Bei der Gestaltung der Energiewende sind uns deshalb folgende Ziele besonders wichtig:

- Die Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien im ländlichen Raum muss möglichst in den Regionen bleiben und insbesondere den Menschen vor Ort zu Gute kommen. Um die Akzeptanz zu gewährleisten, müssen sich die Bürgerinnen und Bürger weiterhin an der Energieerzeugung und an Energieeffizienzmaßnahmen beteiligen können.
- Wir wollen erreichen, dass die Energiewende so umgesetzt wird, dass die Balance zwischen der Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und dem weiteren Zubau der Erneuerbaren gefunden wird!
- Biomasse und Biogas sind wichtig zur dezentralen Stromerzeugung und müssen zukünftig noch flexibler und nachhaltiger genutzt werden.

Wer in erneuerbare Energien investiert hat, muss auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen vertrauen können.

Beschluss C 21

Bankenabwicklungsfonds verursachergerecht ausgestalten

CDU fordert angemessene Berücksichtigung von Sparkassen und Volksbanken

Der CDU-Bundesparteitag fordert die Bundesregierung, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament auf, die aktuellen Pläne zu einem europäischen Bankenabwicklungsfonds verursachergerecht auszugestalten. Bereits bestehende Haftungsverbände müssen dabei angemessen berücksichtigt werden.

Beschluss C 23

Die europäische Einigung steht vor neuen großen Herausforderungen. Deshalb wollen wir, dass die Attraktivität der EU angesichts abnehmender Akzeptanz neu belebt wird. Darum wollen wir, dass Europa sich auf seine Kernaufgabe konzentriert.

Hierzu gehört die strikte Beachtung der Subsidiarität sowie die im Lissabon-Vertrag verankerte Beachtung der kommunalen Selbstverwaltung bei der Gesetzgebung. Ebenso gilt es, Kurs zu halten in der Staatsschuldenkrise (Solidarität nur gegen Solidität), weshalb eine Vergemeinschaftung von Schulden weiterhin abgelehnt wird.

Für den weiteren Abbau der Arbeits- und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit in Europa gilt es, Mittelstand und Industrie weiter zu stärken, wozu gerade die duale Ausbildung und die Beibehaltung des Meisterbriefs zählen.

Wir setzen uns für ein europaweit einheitliches Wahlverfahren zum Europäischen Parlament mit einer Sperrklausel ein.

Eine grenzüberschreitende europäische Energiepolitik soll zu mehr Unabhängigkeit von Importen mit grenzüberschreitenden Versorgungsnetzen führen.

Beschluss A 253

Im Nachgang der Ölkrise wurde in Europa die Sommerzeit eingeführt, um Energie einzusparen. Dieses Ziel wurde nicht erreicht, stattdessen ist zweimal jährlich ein Aufwand entstanden, der finanzielle und administrative Kosten und sogar gesundheitliche Beeinträchtigungen für Mensch und Tier entstehen ließ. Die Europäische Union hat dennoch bislang an der Zeitumstellung festgehalten.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Zeitumstellung in Europa abgeschafft wird und zukünftig wieder eine einheitliche ganzjährige Zeit gilt.